



Kreis Mettmann
Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Schule und Kultur

Es informiert Sie:	Susanne Heinrich
Telefon:	02104/99-2041
Fax:	02104/99-5003
E-Mail:	susanne.heinrich@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 26.11.2012

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur

Sitzungstermin Donnerstag, den 15.11.2012, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Wolfgang Diedrich

Mitglieder

Ruth Adomaitis

Erika Cebulla

Monika Dinkelmann (bis 18.45 Uhr)

Jochen Gödde

Ursula Greve-Tegeler

Anne Gronemeyer (bis 18.30 Uhr)

Brigitte Hagling

Rainer Hübinger (bis 16.45 Uhr)

Ingmar Janssen

Melanie Junga

Ursula Klützke

Rainer Koester

Martina Köster-Flashar

Holger Lachmann (ab 16.45 Uhr, bis 19.00 Uhr)

David A. Lungen

Klaus Rohde

Dieter Schmoll

Reinhard Schulze Neuhoff

Pfarrer Andreas Tibbe

Bernd Tondorf

Verwaltung

Lothar Breitsprecher
Dr. Barbara Bußkamp

Michael Fischer
Volker Freund
Désirée Geisler
Ulrike Haase
Susanne Heinrich
Ralf Hermann
Daniela Hitzemann
Anette Pesler
Gerhard Rott
Christin Rust
Antje Schäfer
Joachim Schulz-Hönerlage
Meike Utke

Gäste

Frau Kittner
Frau Plum
Frau Schneider
Herr Dr. Garbe
Herr Dr. van den Kerkhoff
Herr Schwafferts
Frau Kaemmer
Herr Mürlebach

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.09.2012
3. Informationen der Verwaltung
4. Weiterentwicklung der Museumsnacht im neanderland 40/043/2012
5. Zukunftsplanung Berufskollegs 40/044/2012
- Vorstellung des Gutachtens
6. Standorte der Paul-Maar-Schule und der Leo-Lionni-Schule 40/029/2012
- Sachstandsbericht
7. Bundeswehraktivitäten an den Berufsschulen und Fachhochschulen des Kreises Mettmann 40/045/2012
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 24.10.2012
8. Zukunft der Förderschulen 40/046/2012
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2012
9. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

11. Informationen der Verwaltung
12. Auftragsvergabe: Betriebsführung der Schulmensa am Berufskolleg Neandertal in Mettmann für die Jahre 2. Hj. 2013 – 1. Hj. 2015 40/038/2012
13. Nachträge

Öffentlicher Teil**Zu Punkt 1: Formalien**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit des Ausschusses fest. Für die SPD-Fraktion wird Frau Thiele durch Frau Adomaitis vertreten. Frau Hagling vertritt Herrn Herder für die Fraktion UWG-ME. Für die Fraktion DIE LINKE wird Herr Gutt durch Herrn Koester vertreten. An Stelle von Herrn Pfarrer Wessel nimmt Herr Pfarrer Tibbe an der Sitzung teil. Damit wird die Beschlussfähigkeit des Ausschusses festgestellt.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen. Abhängig vom Beratungsergebnis zu TOP 5 „Zukunftsplanung Berufskolleg“ ist ggfs. eine Berichterstattung im Kreistag erforderlich. Zur Berichterstatteerin wird Frau Köster-Flashar von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.09.2012

Die Niederschrift der Sitzung vom 13.09.2012 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Frau Haase berichtet über den Schulentwicklungspreis „Gute gesunde Schule“ 2012. Das Land NRW hat das Berufskolleg Neandertal (15.000,- €) sowie die Schule im UFO (6.400,- €) für ihre Konzepte zur Gesundheitsförderung und Prävention ausgezeichnet.

Eine weitere Lernpartnerschaft im Rahmen des Kooperationsnetzes Schule-Wirtschaft wird am 15.11.2012 ratifiziert, die zwischen dem Berufskolleg Niederberg und der Velberter Kaufland-Filiale vereinbart wurde.

Zusammen mit dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Düsseldorf wurden in einem regionalen Arbeitskreis mehrere Ansätze diskutiert, um im Bereich Kultur und Tourismus gemeinsam zu agieren. Dem Ausschuss wird in einer der nächsten Sitzungen ein Arbeitspapier mit den künftigen Planungen vorgestellt.

Frau Dr. Bußkamp stellt den neuen Bildband „neanderland - Eine fotografische Entdeckungsreise durch den Kreis Mettmann“ von Udo Haafke vor, der ab sofort für 14,95 € im Buchhandel erhältlich ist. Am 22.11.2012 wird der bereits angekündigte zweite Band „Im Gesteins - Das ursprüngliche Neandertal in Bildern des 19. Jahrhunderts“ von Hanna Eggerath im Buchhandel erscheinen.

Zu den Vorbereitungen für die neanderland Biennale berichtet Frau Utke, dass die polnischen Partner für weitere Planungen und Ortsbesichtigungen in der Zeit vom 26.-28.11.2012 zu Gast sein werden. Zu diesem Anlass wird ebenfalls eine kreisweite Pressekonferenz stattfinden.

Frau Pesler erläutert, dass, den Beschlüssen des Ausschusses und des Kreistages folgend, der Förderantrag zum Neuen Übergangssystem am 10.10.2012 beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales gestellt wurde. Eine Entscheidung darüber liegt noch nicht vor.

Herr Freund weist auf eine Vorlage des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Tourismus hin, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist. Daraus resultiert ein Prüfauftrag an die Verwaltung, der die Einrichtung eines zdi-Schülerlabors am Berufskolleg Niederberg und die Entwicklung eines koordinierenden zdi-Zentrums zum Inhalt hat.

Zu Punkt 4: Weiterentwicklung der Museumsnacht im neanderland - Vorlage Nr. 40/043/2012

Frau Dr. Bußkamp erläutert, dass die Halbierung der Museumsnacht in Nord- und Südkreis nicht zu einer adäquaten Verringerung der Kosten führt. Die bereits zur letzten Sitzung erstellte Vorlage war von der Verwaltung zunächst zurückgezogen worden. Inzwischen konnte die Einnahmesituation verbessert werden, so dass der Zuschussbedarf für die kreisweite Museumsnacht auf 10.000,- € reduziert werden kann.

Frau Cebulla und Herr Schulze Neuhoff signalisieren Zustimmung zu den Vorschlägen der Verwaltung aufgrund der Kosteneinsparung.

Herr Gödde stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Mit Blick auf die folgenden Haushaltsberatungen könne die dargestellte Kostenreduzierung sogar Spielraum eröffnen, um auch künftig eine Kreiskunstausstellung in Verbindung mit der Museumsnacht zu realisieren.

Frau Cebulla gibt zu Bedenken, dass dies im Jahr 2013 wegen der neanderland biennale nicht zu leisten sei. Ab 2014 könne diese Idee erneut erörtert werden.

Herr Janssen erläutert für die SPD-Fraktion, dass die kreisweite Museumsnacht begrüßt wird. Allerdings spreche sich seine Fraktion für die Beibehaltung der bisherigen Kostenhöhe aus. Er beantragt daher eine getrennte Abstimmung über die Veranstaltung selbst und die vorgesehenen Kosten vorzunehmen.

Der Vorsitzende lässt nacheinander über die folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1.) Die Museumsnacht findet weiterhin jährlich kreisweit statt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

2.) Die Kosten für die Museumsnacht werden im Rahmen der Vorlage der Verwaltung festgelegt.

Abstimmungsergebnis mehrheitlich angenommen

8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Zu Punkt 5:	Zukunftsplanung Berufskollegs - Vorstellung des Gutachtens - Vorlage Nr. 40/044/2012
--------------------	---

Einleitend empfiehlt Herr Freund, dass der Ausschuss zum jetzigen Zeitpunkt das Gutachten in einer ersten Lesung behandelt. In Kürze werden ergänzende Stellungnahmen dazu von den Beteiligten (kreisangehörige Städte, Schulleitungen, Schulaufsicht, Arbeitsmarktexperten) angefordert, die zur Sitzung am 28.02.2013 gesammelt zur Verfügung gestellt werden. Die beigelegte Erstbeurteilung der Verwaltung stelle keine Distanzierung zum Gutachten dar, sondern beleuchte die vorgeschlagenen Maßnahmen aus Sicht des Schulträgers. Die Umsetzung der aus der Begutachtung zu entwickelnden Maßnahmen erfordert einen längerfristigen Prozess, zu dem auch zukünftig externes Expertenwissen erforderlich sein wird.

Die Verwaltung dankt Herrn Dr. Garbe für das gut moderierte Verfahren, in das der Ausschuss für Schule und Kultur und die interfraktionelle Arbeitsgruppe intensiv eingebunden waren.

Herr Dr. Garbe erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, seine Empfehlungen für die Entwicklung der Berufskollegs des Kreises.

Der Ausschuss dankt Herrn Dr. Garbe für das umfassende Gutachten. Damit liege eine solide Grundlage vor, die von den Fraktionen intensiv zu beraten sei. Die eingerichtete interfraktionelle Arbeitsgruppe zeichne sich durch eine offene und konstruktive Atmosphäre aus. Der Ausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, dass diese Arbeitsgruppe den Prozess auch weiterhin begleitet.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. kritisiert Herr Koester, dass bei der Begutachtung die Befindlichkeiten der Schülerschaft z.B. in Bezug auf die Erreichbarkeit der Schulstandorte nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Für die weiteren Beratungen sollte auch die Meinung der Gewerkschaften eingeholt werden. Zudem lehne die Fraktion DIE LINKE die Verlagerung der Kfz-Ausbildung vom Berufskolleg Niederberg an das Berufskolleg Neandertal ab.

Der Ausschuss ist sich einig, die weiteren Beratungen und Folgerungen aus dem Gutachten zunächst im Fachausschuss zu belassen. Die schlussendliche Veränderung von Bildungsgängen sei zum gegebenen Zeitpunkt ohnehin durch den Kreistag zu beschließen. Im Moment soll noch keine Positionierung zu den Gutachtenergebnissen formuliert werden. Auf Vorschlag von Herrn Janssen und Herrn Längen wird der Beschlussvorschlag entsprechend angepasst.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt das Gutachten von Dr. Garbe & Lexis zur Zukunftsplanung Berufskollegs zur Kenntnis.

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die Handlungsvorschläge des Gutachters auf Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen (gestuft nach kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen), die vorgebrachten sachlichen Stellungnahmen einzubeziehen und dem Fachausschuss für Schule und Kultur regelmäßig über die konkreten Umsetzungsplanungen zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Standorte der Paul-Maar-Schule und der Leo-Lionni-Schule - Sachstandsbericht - Vorlage Nr. 40/029/2012
--------------------	---

Am 03.09.2012 fand eine Besichtigung der vom Kreis genutzten Schulgebäude in Monheim am Rhein statt, an der einige Mitglieder des Ausschusses teilgenommen haben. Herr Her-

mann erläutert anhand einer Foto-Präsentation die wesentlichen Merkmale der verschiedenen Gebäude.

Herr Freund betont die Dringlichkeit, mit der die Standortverlagerungen vorangetrieben werden müssen, da die momentanen Bedingungen für die Paul-Maar-Schule am bestehenden Standort zunehmend problematisch werden. Auf Nachfrage erläutert Frau Haase dazu, dass u.a. fortwährende IT-Probleme den Schulalltag erschwert haben.

Da der Umzug der Paul-Maar-Schule nach Monheim am Rhein nur eine temporäre Lösung ist, ist die angekündigte Entwicklung einer langfristigen Konzeption für die ES-Förderschulen des Kreises umso dringlicher. Daher wurde bereits jetzt ein Gutachten zur Inklusionsstruktur der Förderschulen ES in Auftrag gegeben, um für die Erfordernisse zum Jahr 2017 rechtzeitig vorbereitet zu sein.

Herr Tondorf spricht den Schulleiterinnen der Leo-Lionni-Schule und der Paul-Maar-Schule im Namen des Ausschusses Anerkennung und Dank aus, ohne deren Zustimmung die sich jetzt abzeichnende Lösung nicht so zügig hätte entwickelt werden können.

Im Hinblick auf den Wunsch des Ausschusses, die Kreisschulen zu besuchen, begrüßen die Fraktionen den von der Verwaltung vorgebrachten Vorschlag, pro Jahr zwei Schulen des Kreises besichtigen zu können, sofern sich mindestens sieben Teilnehmende der Fraktionen verbindlich anmelden. Herr Rohde bittet darum, nicht nur die Ausschussmitglieder sondern auch die jeweiligen Vertreter einzuladen und die Termine frühzeitig anzukündigen.

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 7:	Bundeswehraktivitäten an den Berufsschulen und Fachhochschulen des Kreises Mettmann hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 24.10.2012 - Vorlage Nr. 40/045/2012
--------------------	--

Die Verwaltung hat zu der Anfrage der Fraktion DIE LINKE eine Tischvorlage erstellt, worin die Antworten zusammengestellt sind. Diese ist als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt. Herr Koester dankt für die umfangreiche Beantwortung der Anfrage.

Zu Punkt 8:	Zukunft der Förderschulen hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2012 - Vorlage Nr. 40/046/2012
--------------------	---

Herr Tondorf erläutert den Antrag seiner Fraktion. Basierend auf den angekündigten Veränderungen im Zuge des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes sei zu befürchten, dass nicht mehr ausreichend Förderschulen wohnortnah bestehen können. Trotz Inklusionswillen sei nicht für alle Schülerinnen und Schüler die Regelschule die richtige Lösung. Mit der Reduzierung der Förderschulen werde zudem das Elternwahlrecht stark eingeschränkt. Daher sieht die CDU-Fraktion die dringende Notwendigkeit, die Verwaltung mit Verhandlungen zu beauftragen, um den bisher gelobten „Mettmanner Weg“ im Sinne der Schülerschaft mit dem Ministerium weiter zu entwickeln.

Herr Freund berichtet, dass der Entwurf des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes bereits für die Schuldezernentenkonferenz mit den Städten am 28.11.2012 vorgesehen ist. Die Verwaltung ist enttäuscht über den Referentenentwurf, weil die Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung (KsF) darin übergangslos nicht mehr vorgesehen sind. Nach hiesiger Auffassung weicht das geplante Schulgesetz von den Zielen des Landesinklusionsplanes ab. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW hat eine umfangreiche Stellungnahme gegenüber dem Ministerium abgegeben. Herr Rohde ergänzt, dass sich auch die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe gemeinsam zu dem Gesetzentwurf positioniert haben.

Die geplanten Gesetzesänderungen und die vorliegenden Stellungnahmen werden den Ausschussmitgliedern in Kürze von der Verwaltung per E-Mail zur Verfügung gestellt.

Herr Gödde stellt in Frage, ob der Kreis Mettmann in dieser Sache zuständig sei, da die Förderschulen Lernen ausschließlich in Trägerschaft der Städte liegen. Dazu erläutert Herr Tondorf, dass in die Netzplanung Förderschulen des Kreises auch die Förderschulen Lernen einbezogen wurden. Zudem sei der Kreis in dem Moment gefordert, wenn die Städte keine eigenständigen Schulen mehr betreiben können.

Auf Nachfrage erläutert der Schulaufsichtsbeamte, Herr Fischer, dass nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Gefahr groß sei, dass die Anzahl der Förderschulen Lernen im Kreisgebiet rapide abnehmen wird. Ab dem Schuljahr 2013/14 müssten bis auf eine Ausnahme alle Förderschulen dieser Art als auslaufend gestellt werden. Bislang lag die Hoffnung auf die Einbindung dieser Schulen in die KsF. Allerdings sieht der Gesetzesentwurf die Abschaffung der Kompetenzzentren ab 2014 vor. Insofern wäre ein Agieren des Kreises sinnvoll, um ähnlich dem vorbildhaften „Mettmanner Weg“ eine bedarfsgerechte Lösung zu gestalten.

Herr Janssen kann sich vorstellen, dem Antrag der CDU zuzustimmen. Die grundsätzliche Problematik sei deutlich geworden, allerdings sei die Faktenlage nicht ausreichend bekannt. Er bittet die Verwaltung, in einer nächsten Sitzung die Hintergründe und Auswirkungen des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes darzustellen.

Auch Herr Gödde und Herr Schulze NeuhoFF sprechen sich dafür aus, zunächst den Gesetzesentwurf und alle Fakten zu kennen, um daraus Handlungen und Beschlüsse abzuleiten.

Der Antrag der CDU wird in einem Prüfauftrag umgewandelt über den der Vorsitzende abstimmen lässt:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Verhandlungen mit den Trägern der Förderschulen Lernen, der Bezirksregierung und dem Schulministerium aufzunehmen sind. Das Ergebnis wird im Ausschuss für Schule und Kultur dargestellt. Ziel ist die Sicherstellung von Beratung und Unterricht der Förderschüler, der Möglichkeit des Elternwahlrechts sowie die wohnortnahe Beschulung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9:	Nachträge
--------------------	------------------

Entfällt.

Zu Punkt 10:	Haushalt 2013 - Vorlage Nr. 20/036/2012
---------------------	--

Verfahren der Haushaltsberatungen

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Schule und Kultur fallenden Produkte auf. Die Anträge und Anfragen der Fraktionen stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Gesamtabstimmung über die Produkte

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Kultur fallenden Produkte 01.14.01 (Lehrerpersonal-, Schüler- und Schulrechtsangelegenheiten) und 03.01.03 (Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg, Ratingen) werden mehrheitlich bei Gegenstimme der Fraktion DIE

LINKE. angenommen. Die Produkte 03.02.02 (Schule am Thekbusch, Förderschule für Geistige Entwicklung Velbert), 03.02.03 (Schule an der Virneburg, Förderschule für Geistige Entwicklung Langenfeld), 03.03.01 (Schülerbeförderung) und 04.01.02 (Archiv) werden einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Das Produkt 03.01.04 (Berufskolleg Niederberg, Velbert) wird einstimmig bei Enthaltungen der Fraktionen von SPD und UWG-ME angenommen. Das Produkt 04.01.01 (Kulturelle Projekte und Vereinigungen) wird mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Die übrigen Produkte 03.01.01 (Berufskolleg Hilden), 03.01.02 (Berufskolleg Neandertal, Mettmann), 03.02.01 (Helen-Keller-Schule, Förderschule für geistige Entwicklung Ratingen), 03.02.04 (Schule am Peckhaus, Förderschule für Sprache Mettmann), 03.02.05 (Leo-Lionni-Schule, Förderschule für Sprache Monheim am Rhein), 03.02.06 (Schule im UFO, Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung Velbert), 03.02.07 (Paul-Maar-Schule, Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung Hilden), 03.03.02 (Bildungsberatung, Schulentwicklung), 03.03.03 (Medienzentrum), 06.01.01 (regionales Bildungsnetzwerk/ Übergang Schule-Beruf/ Schulsozialarbeit) und 17.01.01 (Neanderthal-Museum) werden einstimmig angenommen.

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkt 03.01.02

Antrag der Verwaltung (Ziffer 1 der Tischvorlage)

Seite 570, Zeile 14 im Ergebnisplan

Seite 572, Zeile 26 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	136.500	120.000	100.400	85.200	431.900	81.900	81.900	81.900
Ansatz (neu)	147.000	402.000	112.400	97.200	451.900	581.900	81.900	81.900
Differenz	10.500	282.000	12.000	12.000	20.000	500.000	0	0

Bereits vor einigen Jahren hat der Kreis Mettmann am Berufskolleg Neandertal eine PCB-Belastung festgestellt, die eine mittelfristige Beseitigungspflicht zur Folge hat. In 2010 wurden erneut, im Zuge von Fenstererneuerungen, im Gebäude B PCB-belastete Fugen festgestellt. Aus diesem Grund wurden in 2011 Raumluftmessungen in verschiedenen Räumen im Gebäude vorgenommen und diese nach einzelnen Pilotsanierungsphasen wiederholt. Die Belastungswerte lagen im mittleren Bereich für eine mittelfristige Beseitigungspflicht.

Durch die Pilotsanierungen wurden die Quellen der Raumluftverunreinigung aufgespürt und das Ausmaß des Sanierungsumfanges festgestellt. Derzeit finden die Abstimmungsgespräche aller Beteiligten statt, damit möglichst im laufenden Schulbetrieb eine abschnittsweise Sanierung durchgeführt werden kann. Dies ist mit der Zielsetzung verbunden, die Kosten für eine Interimslösung durch eine zeitweise Anmietung von Ersatzschulräumen zu minimieren. Die Umsetzung der Sanierung ist ab Sommer 2013 geplant und wird voraussichtlich bis 2014 andauern.

Nach der PCB-Richtlinie ist bei Raumluftkonzentrationen zwischen 300 und 3.000ng/m³ Raumluft die Quelle der Raumluftverunreinigung aufzuspüren und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit mittelfristig zu beseitigen. Zwischenzeitlich ist durch regelmäßiges Lüften, sowie gründliche Reinigung und Entstaubung der Räume eine Verminderung der PCB Konzentration anzustreben.

Durch die angestrebte Vorgehensweise werden aus Sicht der Verwaltung die

Anforderungen der PCB-Richtlinie, unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit, gewahrt.

Auf Grund der Tatsache, dass gemäß dem Ergebnis der Pilotsanierung das Mobiliar deutlich zur PCB-Raumluftbelastung beiträgt, sollen auf Anraten des Gutachters alle Gegenstände, die älter als 5 Jahre sind, entsorgt und durch neue ersetzt werden. Eine erste Kalkulation des Wertes der betroffenen Gegenstände durch einen Fachmann hat einen Betrag von rd. 520.000 € ergeben.

Für das Jahr 2013 beantragt die Verwaltung demnach 20.000 € und für das Jahr 2014 500.000 € im investiven Bereich (og. Finanzplan, Zeile 26) für den Ersatz von PCB-belasteten Gegenständen im Berufskolleg Neandertal zu veranschlagen. Die Höhe dieser Summe bzw. die Verteilung auf investive und konsumtive Sachkonten wird ggfs. im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 noch einmal angepasst, da es sich hierbei um den Höchstbetrag handelt, der sich je nach Verlauf der Sanierungsarbeiten noch verringern kann.

Der geplante Abschreibungsaufwand für das Berufskolleg Neandertal erhöhe sich ebenfalls entsprechend (og. Ergebnisplan, Zeile 14). Insbesondere im Jahr 2014 erfolgt eine Steigerung, da es sich nach heutiger Schätzung bei einem Großteil der Einrichtungsgegenstände um geringwertige Wirtschaftsgüter handelt, die im Jahr ihrer Anschaffung mit ihrem vollen Wert abgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkt 03.01.04

Antrag der Verwaltung (Ziffer 2 der Tischvorlage)

Seite 586, Zeile 14 im Ergebnisplan

Seite 588, Zeile 26 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	55.100	93.950	97.700	95.500	126.250	392.050	82.050	82.050
Ansatz (neu)	51.100	58.950	97.700	95.500	86.250	82.050	432.050	82.050
Differenz	-4.000	-35.000	0	0	-40.000	-310.000	350.000	0

Der Kreistag hat am 20.12.2010 im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2011/2012 die Mittel für den Neubau der Mensa am Berufskolleg Niederberg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 zur Verfügung gestellt.

Die Mensa soll auf der Basis des bereits für das Berufskolleg Neandertal durch einen Fachplaner erstellten Konzeptes errichtet werden, was zum Einen den Bau inkl. Einrichtung, zum Anderen aber auch die Zubereitungssystematik der Speisen und die Betriebsführung der Mensa durch einen Caterer angeht.

Der Bau der Mensa am Berufskolleg Neandertal erfolgt derzeit. Des Weiteren ist die Vergabe der Leistung „Betriebsführung der Mensa“ an einen Caterer in der Ausführung.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Errichtung der Mensa am Berufskolleg Niederberg um ein Jahr zu verschieben. Eine Abstimmung mit der Schule erfolgt.

Grund hierfür ist, dass bei einer Umsetzung der Planung gemäß den bisherigen Veranschlagungen im Haushaltsplan mit der Errichtung der Mensa am Berufskolleg Niederberg und auch der Vergabe der Betriebsführung begonnen werden müsste, bevor der Bau am Berufskolleg

Neandertal fertiggestellt und in Betrieb genommen ist. Dementsprechend können Erfahrungen, die im Rahmen der Errichtung der ersten Mensa gemacht werden, keine Berücksichtigung bei der Planung sowie Vergabeverfahren für die Mensa am Berufskolleg Niederberg finden. Dies erscheint jedoch insbesondere im Bereich der Betriebsführung sinnvoll, da der Kreis Mettmann bei der Vergabe zwar durch den og. Fachplaner beraten wurde, dieser Leistungsgegenstand mit den hohen gestellten Anforderungen jedoch beim Kreis erstmalig vergeben wurde.

Seitens des Liegenschaftsamtes wird zur Verschiebung der Mittel für die bauliche Maßnahme ein gleichlautender Veränderungsantrag gestellt.

Eine Verschiebung der Errichtung der Mensa führt zum Einen zur Veränderung der Ansätze im investiven Bereich (og. Finanzplan, Zeile 26) als auch zur Anpassung des Abschreibungsaufwandes im Ergebnisplan, Zeile 14. Die Mittel für die Errichtung der Mensa werden entgegen der ursprünglichen Veranschlagung im Haushaltsplan komplett in einem Jahr benötigt und daher in diesem Veränderungsantrag nicht mehr auf zwei Jahre aufgeteilt.

Frau Haase erläutert, dass man sich darüber im Klaren sei, der Schule einiges abzuverlangen. Die Problematik sei mit der Schulleitung besprochen worden. Sie bittet darum, zunächst Erfahrungen mit dem Bau und der Einrichtung der Mensa am Berufskolleg Neandertal zu sammeln, um daraus zu lernen und erst dann die Einrichtung am Berufskolleg Niederberg zu beginnen. Der Vorschlag resultiere nicht aus arbeitstechnischen Problemen. Man habe jedoch die Komplexität unterschätzt. Sie erinnert zu dem daran, dass es Wunsch des Ausschusses war, ein besonderes ernährungsphysiologisches Konzept zu Grunde zu legen, was die Auswahl des Caterers sehr einschränke.

KA Rohde äußert seine Enttäuschung angesichts der vorgeschlagenen Verschiebung. Die Einrichtung der Mensa am Berufskolleg Niederberg habe Priorität.

SB Schulze Neuhoff, KA Gödde und KA Koester sprechen sich ebenfalls gegen eine Verschiebung aus. Gesunde Ernährung und Lernen hingen untrennbar zusammen. Eine nochmalige Verschiebung würde bei den Schülern auf Unverständnis stoßen.

KA Köster-Flashar vertritt die Auffassung, man solle die Einrichtung parallel angehen und so Erfahrungen sammeln. Dies trage mit zur Qualitätsbildung bei.

KA Janssen spricht sich angesichts der seitens der Verwaltung geäußerten Bedenken dafür aus, den Antrag in den Kreisausschuss zu verweisen. Bis dahin soll die Verwaltung die Konsequenzen der beiden möglichen Alternativen darstellen.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine Beratungspause von 17.44 Uhr bis 17.48 Uhr.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt bei 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion und 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkt 03.02.01

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Ziffer 3 der Tischvorlage)

Seite 594, Zeile 16 im Ergebnisplan

Frage:

In der Erläuterung wird darauf hingewiesen, dass ein Leasingvertrag abgeschlossen werden soll.

Beim Leasing eines Busses verteilen sich die Anschaffungskosten auf die Nutzungszeit, was bedeutet, dass keine hohen Anschaffungskosten in einer Summe aufzubringen sind. Dafür ist jedoch davon auszugehen, dass die laufenden Kosten erheblich höher sind als beim Kauf eines Fahrzeuges.

Die Fraktion DIE LINKE. bittet darum, diese beiden Varianten – Kauf eines entsprechenden Ersatzfahrzeuges (Anschaffungskosten sowie laufende Betriebskosten) und Leasing eines Fahrzeuges gegenüberzustellen, damit sich anhand dieser Aufstellung für die langfristig kostengünstigere Variante entschieden werden kann.

Antwort der Verwaltung:

Frau Haase erläutert, dass in der Kürze der Zeit eine Gegenüberstellung der Alternativen „Kauf“ und „Leasing“ nicht leistbar war. Ein ähnlicher Vergleich im Liegenschaftsamt habe zu dem Ergebnis geführt, dass der Kauf langfristig gesehen wirtschaftlicher sei. Man habe aus den politischen Gremien im Jahr 2005 jedoch den Auftrag bekommen, Fahrzeuge grundsätzlich zu leasen. Dem habe man seitens der Verwaltung in den letzten Jahren entsprochen.

Herr Breitsprecher stellt fest, dass es im Jahr 2005 durchaus wirtschaftlicher gewesen sei zu leasen, für das Haushaltsjahr 2013 sei dies jedoch der Kauf.

Die Ziffern 4 und 6 der Tischvorlage werden im Zusammenhang beraten.

Antrag der Fraktion UWG-ME (Ziffer 4 der Tischvorlage)

Seite 594, Zeile 14/16 im Ergebnisplan

Seite 596, Zeile 26 im Finanzplan

Zeile 14: Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	23.100	22.900	23.600	23.750				
Ansatz (neu)	29.100	28.900	29.600	29.750				
Differenz	6.000	6.000	6.000	6.000				

Zeile 16: Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	34.500	34.500	37.950	34.700	20.350	20.350	20.350	20.350
Ansatz (neu)	26.500	26.550	29.950	26.700	80.350	20.350	20.350	20.350
Differenz	8.000	8.000	8.000	8.000	60.000	0	0	0

Die Fraktion UWG-ME beantragt die Ansätze in Zeile 16 des Teilergebnisplanes für die Jahre 2013-2016 (und ff durchgehend) um die Kosten für die Leasingraten für das beabsichtigte Leasing von Schulbussen zu kürzen.

Beim Kauf sind Abschreibungskosten in Zeile 14 zu berücksichtigen.

Im Teilfinanzplan beantragt die Fraktion UWG-ME die Ansätze im Produkt in 2013 um 60.000,-- € zu erhöhen.

Anstelle des beabsichtigten Leasings von Schulbussen sollten diese gekauft werden, weil es nach Ansicht der Fraktion UWG-ME die wirtschaftlichere Variante sei. Bei den hier in Rede stehenden Schulbussen handelt es sich um behindertengerechte Fahrzeuge mit einer Spezialausstattung, die pro Stück rund 60 T € kosten.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, auch das geplante Fahrzeug für die Paul-Maar-Schule zu kaufen und nicht zu leasen und die Ansätze entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die Ziffern 5, 7 und 8 der Tischvorlage werden im Zusammenhang beraten.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 5 der Tischvorlage)

Seite 594, Zeile 16 im Ergebnisplan

Seite 596, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	34.500	34.550	37.950	34.700	34.500	34.550	37.950	34.700
Ansatz (neu)	49.500	54.550	57.950	54.700	49.500	54.550	57.950	54.700
Differenz	15.000	20.000	20.000	20.000	15.000	20.000	20.000	20.000

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 7 der Tischvorlage)

Seite 602, Zeile 16 im Ergebnisplan

Seite 604, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	36.900	39.400	37.050	37.100	36.900	39.400	37.050	37.100
Ansatz (neu)	51.900	59.400	57.050	57.100	51.900	59.400	57.050	57.100
Differenz	15.000	20.000	20.000	20.000	15.000	20.000	20.000	20.000

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 8 der Tischvorlage)

Seite 610, Zeile 16 im Ergebnisplan

Seite 612, Zeile 15 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	29.900	29.950	33.900	30.050	29.900	29.950	33.900	30.050
Ansatz (neu)	44.900	49.950	53.900	50.050	44.900	49.950	53.900	50.050
Differenz	15.000	20.000	20.000	20.000	15.000	20.000	20.000	20.000

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Verwaltung bis zu den Sommerferien 2013 mit der Entwicklung eines Konzepts für die Ferienbetreuung und Ausdehnung der Betreuungszeiten an Freitagnachmittagen an den Förderschulen für geistige Entwicklung des Kreises analog der OGS zu beauftragen.

Die bereits im vergangenen Jahr außerplanmäßig zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 5.000 € können nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lediglich als Anschubfinanzierung betrachtet werden.

Die erneute Einstellung der gleichen Summe ohne konkrete Konzeption durch die Verwaltung führe zu einer individuellen Maßnahmensituation an den jeweiligen Schulen, was nicht im Interesse der betroffenen Eltern sein könne.

Es sollen, je nach Schule, unterschiedliche Konzepte entwickelt werden, die auch zu unterschiedlichen Kostenbeteiligungen von Eltern führen können.

Das Gleiche gelte für die Betreuungszeiträume in den Schulferien, als auch an Freitagnachmittagen.

Sowohl die durchgeführte Elternbefragung an einer der Förderschulen für geistige Entwicklung des Kreises, wie auch die Erfahrungen aus dem letzten Sommer 2012 zeigten, dass die Eltern eine Betreuung in Anlehnung an die OGS wünschen.

Eltern von Kindern, die eine Förderschule für geistige Entwicklung besuchen, müssten in gleicher Weise einer Erwerbstätigkeit nachgehen können und Entlastung in den Ferienzeiten in Anspruch nehmen können, wie dies anderen Eltern möglich ist.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt daher die Mittelfreigabe in Höhe von 15.000 € für 2013 und 20.000 € für die Folgejahre sowie eine Konzepterstellung durch die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Schulleitungen und Elternvertretungen bis zu Beginn der Sommerferien 2013.

KA Köster-Flashar erläutert den Antrag ihrer Fraktion und vertritt die Auffassung, dass die Schüler und Eltern in Förderschulen denen anderer Schulen gleichgestellt sein sollten.

KA Rohde stellt fest, dass seine Fraktion dem Antrag inhaltlich zustimmt, spricht sich jedoch bis zur Fertigstellung des Konzeptes für die Einrichtung eines Sperrvermerkes, sowie die Reduzierung des Ansatzes auf 10.000 € aus.

Frau Haase teilt mit, dass die Verwaltung fachlich und personell nicht in der Lage ist, das gewünschte Konzept zu entwickeln. Sie weist darauf hin, dass die Bereitstellung eines individuellen Fahrdienstes nicht möglich sein wird. Die Lebenshilfe sei derzeit dabei, ein Konzept für eine Betreuung durch dafür qualifiziertes Personal der (teils schwerstmehrfach-behinderten) Kinder zu erstellen und dafür Mittel aus der Betreuungshilfe nach SGB IX sowie Zuschüsse zu erwirken.

Angesichts der Tatsache, dass ein Sperrvermerk nur durch den Kreisausschuss aufgehoben werden kann, nimmt der Ausschuss für Schule und Kultur von dieser Idee Abstand, reduziert den im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genannten Betrag jedoch auf 10.000 €. Diese Änderung beziehe sich auch auf die inhaltlich gleichen Anträge unter Ziffer 7 und 8 der Tischvorlage in anderen Produkten.

Die so geänderten Anträge werden einstimmig angenommen.

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkt 03.02.02

Antrag der Fraktion UWG-ME (Ziffer 6 der Tischvorlage)

Seite 602, Zeile 14/16 im Ergebnisplan

Seite 604, Zeile 26 im Finanzplan

Zeile 14: Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	11.150	12.650	14.000	14.700				
Ansatz (neu)	17.150	18.650	20.000	20.700				
Differenz	6.000	6.000	6.000	6.000				

Zeile 16: Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	36.900	39.400	37.050	37.100	20.250	20.250	20.250	20.250
Ansatz (neu)	28.900	31.400	29.050	29.100	80.250	20.250	20.250	20.250
Differenz	8.000	8.000	8.000	8.000	60.000	0	0	0

Die Fraktion UWG-ME beantragt die Ansätze in Zeile 16 des Teilergebnisplanes für die Jahre 2013-2016 (und ff durchgehend) um die Kosten für die Leasingraten für das beabsichtigte Leasing von Schulbussen zu kürzen.

Beim Kauf sind Abschreibungskosten in Zeile 14 zu berücksichtigen.

Im Teilfinanzplan sollen die Ansätze im Produkt in 2013 um 60.000,-- € erhöht werden.

Anstelle des beabsichtigten Leasings von Schulbussen sollten diese gekauft werden, weil es nach Auffassung der Fraktion UWG-ME die wirtschaftlichere Variante ist. Bei den hier in Rede stehenden Schulbussen handelt es sich um behindertengerechte Fahrzeuge mit einer Spezialausstattung, die pro Stück rund 60 T € kosten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)

Produkte 03.01.01 – 03.05.01

Produkt 03.03.02

Anfrage der FDP-Fraktion (Ziffer 9 der Tischvorlage)

Seite 658, Zeile 16 im Ergebnisplan

Frage:

- 1) Welche Gutachten zur Schulentwicklung wurden seit 2009 erstellt bzw. beauftragt?
- 2) Welche Kosten sind für die Gutachten jeweils angefallen?
- 3) Welche Gutachten zur Schulentwicklung sollen im Haushaltsjahr 2013 bzw. im Finanzplanungszeitraum bis 2016 zu welchem Zeitpunkt beauftragt bzw. erstellt werden?
- 4) Aus welchen Gründen sind die Gutachten jeweils erforderlich?
- 5) Welche Beträge sind für die einzelnen Gutachten jeweils in den jeweiligen Haushaltsjahren 2013 bis 2016 veranschlagt?

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Ziffer 10 der Tischvorlage)

Seite 658, Zeile 16 im Ergebnisplan

Frage:

Welche Beträge werden eingesetzt für

- a) das Gutachten zur Umsetzung der Inklusion

b) das Gutachten zur Inklusionsstruktur
der Förderschulen für Emotionale und soziale Entwicklung?

Herr Freund beantwortet die beiden Anfragen im Zusammenhang und stellt dar, welche Gutachten die Verwaltung bereits beauftragt hat bzw. beabsichtigt in Auftrag zu geben und mit welchen Auftragswerten sie rechnet. Er macht deutlich, dass nur in den Fällen Gutachter eingesetzt würden, in denen der erforderliche Sachverstand nicht in der Verwaltung vorgehalten werden könne. Wo man eine externe Vergabe vermeiden kann, werde man dies tun. Eine detaillierte Auflistung der beauftragten und in Planung befindlichen Gutachten ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, über 50 % der eingeplanten Aufwendungen für Gutachter einen Sperrvermerk einzurichten.

Damit erübrigt sich der nachstehende Veränderungsantrag der CDU-Fraktion

Antrag der Fraktion CDU-Fraktion (Ziffer 11 der Tischvorlage)
Seite 658, Zeile 16 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	155.150	155.150	155.150	155.150				
Ansatz (neu)								
Differenz								

Vor dem Hintergrund, dass heute noch nicht absehbar ist, dass ein Ergänzungsgutachten zur Zukunftsplanung der Berufskollegs überhaupt notwendig ist, beantragt die CDU-Fraktion diese Mittel in Höhe von 30.000 € in 2013 zunächst zu sperren. Die CDU-Fraktion hofft im weiteren Verfahren auf ein konstruktives und konsensorientiertes Vorgehen, in dem sowohl die Vorstellungen der Verwaltung als auch die der Berufskollegs diskutiert werden, so dass am Ende eine solide Basis für eine Entscheidung der Politik vorliegt.

Die CDU-Fraktion zieht diesen Antrag daher zurück.

Der Antrag, bei den Produkten 01.14.01, 03.03.02 und 06.01.01 jeweils 50% der Gesamtaufwendungen für die Beauftragung von Gutachtern zu sperren, wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben) **Produkte 03.01.01 – 03.05.01**

Produkt 03.03.03

Antrag der FDP-Fraktion (Ziffer 12 der Tischvorlage)

Die FDP-Fraktion beantragt die Verwaltung zu beauftragen, zeitnah die derzeitigen Funktionen des Medienzentrums sowie dessen Nutzung darzustellen.

Die Nutzung von Medien habe sich durch das Internet stark verändert. Im Internet seien zu vielfältigsten Themen diverse Informationen abrufbar. Daher bedürfe es nach der Auffassung der FDP-Fraktion einer aktualisierten Darstellung der derzeitigen Funktionen des Medienzentrums und dessen Nutzung.

Nachdem die Verwaltung zusichert, die Funktionen des Medienzentrums sowie dessen Nutzung dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen darzustellen, zieht die FDP-Fraktion ihren Antrag zurück.

Produktbereich 04 (Kultur und Wissenschaft)
Produkte 04.01.01 – 04.01.02

Produkt 04.01.01

Antrag der Verwaltung (Ziffer **13** der Tischvorlage)
Seite 690, Zeile 5 und 13 im Ergebnisplan

Zeile 5: Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	23.000	3.000	23.000	3.000				
Ansatz (neu)	27.000	7.000	27.000	7.000				
Differenz	4.000	4.000	4.000	4.000				

Zeile 13: Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	432.600	77.600	432.600	77.600				
Ansatz (neu)	429.600	74.600	429.600	74.600				
Differenz	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000				

Der Ertrag in Höhe von 3.000 € soll künftig durch Sponsoring und Einnahmen aus Anzeigenwerbung um 4.000 € auf 7.000 € zu erhöhen. Die Aufwendungen für die Museumsnacht werden auf der Basis des Teilergebnisplans von 2011 und 2012 auf 17.000 € festgeschrieben. Somit reduziert sich der Zuschussbedarf für die Museumsnacht im neanderland auf 10.000 €.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

- 8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Antrag der SDP-Fraktion (Ziffer **14** der Tischvorlage)
Seite 690, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	432.600	77.600	432.600	77.600				
Ansatz (neu)	462.600	87.600	442.600	87.600				
Differenz	30.000	10.000	10.000	10.000				

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

- 5.000 € (2013-2016) - Kreiskunstaussstellung. Die Kreiskunstaussstellung hat großen Zulauf und ist ein Imagefaktor und identitätsbildend für den Kreis.
- 5.000 € (2013-2016) - Kulturpreis. Begründung s.o.

- 20.000 € (2013) – Die Verwaltung soll gemeinsam mit Kulturschaffenden ein Konzept für die Kreiskultur fertigen. Kultur ist ein wichtiger, weicher Standortfaktor.

KA Janssen erläutert den Antrag seiner Fraktion.

KA Gödde hält den Antrag – mit Ausnahme der Bereitstellung von 20.000 € zur Konzepterstellung – für nachvollziehbar. Er schlägt anstelle der Konzepterstellung vor, eine Delegation von Kulturschaffenden in den Ausschuss für Schule und Kultur einzuladen und mit ihnen die Kulturarbeit zu diskutieren.

Auf Nachfrage von KA Dinkelmann bestätigt Frau Dr. Bußkamp die positive Besucherresonanz der diesjährigen Kreiskunstaussstellung. Eine Besucherstatistik ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

SB Cebulla macht deutlich, dass eine Kreiskunstaussstellung aufgrund des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes erst 2014 wieder stattfinden könnte und spricht sich für eine Diskussion zum späteren Zeitpunkt aus. Der Kulturpreis passe – im Gegensatz zur Kreiskunstaussstellung – jedoch nicht in das beschlossene Konzept.

KA Janssen erinnert daran, dass nach Beschlusslage des Kreisausschusses und auf Antrag der CDU-Fraktion die Kreiskunstaussstellung nicht mehr stattfindet.

Nach kurzer weiterer Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Veränderungsantrag der SPD-Fraktion.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
8 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
3 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer **15** der Tischvorlage)
Seite 690, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	432.600	77.600	432.600	77.600				
Ansatz (neu)		86.000		86.000				
Differenz		8.400		8.400				

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Kreiskunstaussstellung weiterhin alle zwei Jahre stattfinden zu lassen.

Auf Beschluss des Kreisausschusses soll die Kreiskunstaussstellung zukünftig nicht mehr stattfinden. Jedoch erfreue sich gerade die Kreiskunstaussstellung nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowohl bei den teilnehmenden Künstlerinnen und Künstlern (2012 über 30) als auch beim Publikum großer Beliebtheit (2012, 380 Besucherinnen und Besucher allein bei der Eröffnung). Sie sei eine Veranstaltung, die sich positiv auf das Image des Kreises auswirke, Mehrwert für die Städte biete und nachhaltig für die jeweiligen Künstlerinnen und Künstler sei. Wenn diese Veranstaltung regelmäßig mit der Nacht der Museen verknüpft würde, könnten Einsparungen bei den Werbemaßnahmen vorgenommen werden. Gleichzeitig werde auch der Zuspruch für die Ausstellung wachsen. Der Einspareffekt bei Wegfall der Veranstaltung sei kaum messbar, die negativen Folgen (nach 23 erfolgreichen Ausstellungen) aber aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN extrem spürbar.

KA Gödde erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er wünscht sich eine Erklärung zu Protokoll, dass der Ausschuss für Schule und Kultur die Durchführung der Kreiskunstaussstellung im Jahr 2014 wünscht.

SB Hagling meldet für die Fraktion UWG-ME Beratungsbedarf an.

SB Schulze Neuhoff und SB Cebulla signalisieren, im nächsten Jahr für 2014 eine wohlwollende Entscheidung für die Durchführung der Kreiskunstaussstellung treffen zu wollen.

Daraufhin zieht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Veränderungsantrag zurück.

Antrag der Verwaltung (Ziffer 16 der Tischvorlage)

Seite 690, Zeile 13 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	432.600	77.600	432.600	77.600				
Ansatz (neu)	438.600	77.600	432.600	77.600				
Differenz	6.000	0	0	0				

Die Stadt Mettmann hat den Kreis im Oktober 2012 gebeten, die bereits wenige Tage nach der Aufstellung beschädigten Kunstwerke „Fossilien“ der Künstlerin Birgit Brebeck-Paul aus dem Goldberger Teich entfernen zu lassen. Die dreiteilige Arbeit wurde im Rahmen der EUROGA 2002plus als Teil des Kunstweges „Von Menschenhand“ im Jahr 2002 errichtet. Durch äußere Gewalteinwirkung wurden die massiven Kunstharzblöcke beschädigt. Die Arbeiten wurden zwar so gut wie möglich repariert, doch durch Witterungseinflüsse und Vogelexkrementen haben sich weitere Risse gebildet.

Der Bergisch-Rheinische Wasserverband plant für eine Teich-Entschlammung im Frühjahr 2013 das Wasser ablaufen zu lassen, sodass der Abbau der Arbeiten dann ohne den Einsatz von Tauchern möglich wäre. Dennoch muss u.a. ein Kran und Fachpersonal eingesetzt werden. Daher beantragt die Verwaltung eine Erhöhung des Ansatzes für 2013 um 6.000 €.

KA Janssen stellt fest, dass das Restkunstwerk keine Belastung für den Teich darstelle und bittet darum, es dort zu belassen.

Frau Haase erläutert nochmals, dass seitens der Stadt Mettmann der Wunsch an den Kreis herangetragen worden ist, das Kunstwerk zu entfernen. Nach der Einsetzung des Kunstwerkes im Rahmen der EUROGA. sei es jedoch bereits nach kurzer Zeit beschädigt und nur notdürftig repariert worden.

KA Klützke weist darauf hin, dass ein anderes Kunstwerk im Zuge der EUROGA im Abtskücher Teich errichtet war, welches ohne Mitwirkung des Kreises Mettmann wieder entfernt wurde.

Nach kurzer Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Veränderungsantrag der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Ziffer 17 der Tischvorlage)

Seite 690, Zeile 15 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	8.800							
Ansatz (neu)	18.800							
Differenz	10.000							

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE. beantragt, das in der Planung befindliche Konzert gegen Rechts finanziell zu unterstützen.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus seien gute Projektideen gefragt. Lesungen, interkulturelle Abende, Street-Art Projekte oder ein Konzert gegen Ausgrenzung – jede Idee zähle und jedes Projekt sei ein wertvoller Beitrag, um der Vielfalt, der Kreativität und dem Engagement für ein gleichberechtigtes Miteinander im Kreis Mettmann Ausdruck zu verleihen.

Das Bündnis, welches am 09.11.2012 die friedlich verlaufende Demonstration in Mettmann mit dem Titel „Die Erinnerung zur Mahnung“ ins Leben gerufen hat, beabsichtige im Zuge der internationalen Wochen gegen Rassismus, die in der Zeit vom 11. bis 24. März 2013 stattfinden, ein Konzert gegen Rechts in Mettmann zu organisieren.

Dies ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. für Politik und Gesellschaft nicht nur eine Gelegenheit sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen, sondern sollte auch finanzielle Unterstützung seitens des Kreises Mettmann finden.

Im Frühjahr dieses Jahres haben in über 300 Städten und Gemeinden im Rahmen der Kampagne über 1.250 Veranstaltungen stattgefunden, die sich mit Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft beschäftigten und für Weltoffenheit und Toleranz geworben haben. Mit der Bereitstellung finanzieller Mittel würde man dazu beitragen, dass auch der Kreis Mettmann im kommenden Jahr zu den Orten zähle, die deutliche Zeichen setzen und sich gemeinsam engagieren.

KA Koester erläutert den Antrag seiner Fraktion. Veranstalter dieses Events sei die Mettmanner Initiative für Toleranz und Zivilcourage. Angestrebt sei ein Rock- und Blueskonzert für 1.000 Besucher oder mehr.

KA Gödde bewertet den Antrag positiv und schlägt eine Verquickung mit dem Bandcontest vor.

Frau Haase weist auf noch offene Fragen hin und macht darauf aufmerksam, dass bei einer Veranstaltung solcher Größe großer Wert auf das Sicherheitskonzept gelegt werden müsse. Sie macht deutlich, dass die Verwaltung kein Rockkonzert ausrichten könne.

KA Koester unterstreicht, dass nicht der Kreis das Konzert ausrichten soll.

KA Janssen begrüßt für die SPD-Fraktion die Initiative. Seiner Auffassung nach sollten alle demokratischen Parteien bei „Aktionen gegen Rechts“ zusammenstehen und der Kreis einen signifikanten Beitrag leisten. Dies müsse natürlich konzeptionell abgestimmt sein.

KA Schulze Neuhoß bezweifelt die Zuständigkeit des Kreises Mettmann und sieht eher die Stadt Mettmann in der Verantwortung.

KA Tondorf sieht Schwierigkeiten in der Abgrenzung zu anderen Aktionen. Man komme schnell in die Bredouille zu entscheiden, welche Projekte unterstützt werden und welche nicht. In diesem Zusammenhang erinnert er an die in Velbert stattfindenden Aktionen gegen Rechts.

KA Köster-Flashar sieht die Verantwortung des Kreises gegeben, da sich die Stadt Mettmann zum zentralen Treffpunkt der Rechten Szene mit überregionalem Einzug entwickelt habe. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, das alle angehe.

KA Götde bittet darum, den Schwerpunkt kulturpolitisch zu setzen und Aktionen zu fördern, die dem kulturellen Gedanken Rechnung tragen.

Nach kurzer weiterer Diskussion erfolgt die Abstimmung über den Veränderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
1 Enthaltung CDU-Fraktion
3 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1 Nein-Stimme FDP-Fraktion
1 Enthaltung FDP-Fraktion
1 Enthaltung Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Produktbereich 06 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe)

Produkte 06.01.01 – 06.02.01

Produkt neu

Antrag der FDP-Fraktion (Ziffer 18 der Tischvorlage)

Die FDP-Fraktion beantragt im Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ein neues Produkt Schulsozialarbeit einzuführen.

Aus Gründen der Klarheit und Transparenz sollen das Regionale Bildungsnetzwerk und der Übergang Schule und Beruf einerseits und die Schulsozialarbeit andererseits jeweils als gesonderte Produkte abgebildet werden.

Herr Breitsprecher weist darauf hin, dass bei der Umstellung auf das NKF vereinbart wurde, die Anzahl der Produkte so gering wie möglich zu halten. Für die Schulsozialarbeit lohne sich die Einrichtung eines eigenständiges Produktes aufgrund des geringen Finanzvolumens und der Tatsache, dass es sich hauptsächlich um Landesmittel handele, nicht.

Nachdem die Verwaltung zusichert, im Haushaltsplan und der Bewirtschaftung die Bemerkungen mittels Projektkennzahlen so zu verfassen, dass die Herkunft und Verwendung der Mittel eindeutig zuzuordnen ist, zieht die FDP-Fraktion den Veränderungsantrag zurück.

GESAMTABSTIMMUNG

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2013 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
2 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her. Der Ausschuss stimmt zu, dass Frau Schneider als Schulleiterin des Berufskollegs Neandertal für TOP 12 am nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnimmt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

gez.
Wolfgang Diedrich

gez.
Susanne Heinrich